

SPANDAUER Volksblatt

Mittwoch, 23. Juli 2008

Spandauer Zeitung · Havelländische Zeitung · Spandauer Anzeiger



Nr. 30 · 63. Jahrgang

Veräppeln Sie uns nicht

Bürger empört: Senat weist Verantwortung für steigendes Wasser ab

Spandau. Der Seniorenclub Lindenufer war beinahe zu klein, um alle Interessenten aufzunehmen, die sich über die Wasserpolitik des Senats informieren wollten.

Alexander Limberg, Experte bei der Senatsumweltverwaltung, stellte das Wasserversorgungskonzept 2040 des Senats vor, das noch wenig Antworten gibt auf die Spandauer Sorgen angesichts nasser Keller. Und der Fachmann für Geologie bewies in der Diskussion wenig diplomatisches Geschick: „Wenn Ihr Dach nicht mehr dicht ist, rufen Sie doch auch nicht nach dem Staat“, belehrte er Teilnehmer, die auf die enormen Schäden durch steigendes Grundwasser aufmerksam machten. „Wollen Sie uns veräppeln?“, kam als Antwort zurück.

Limbergs Botschaft: Wer seinen Keller nicht richtig abdichtet hat, ist selber schuld, wenn Wasser im Haus steht. Wer baut, so Limberg, müsse grundsätzlich mit HGS, dem höchsten Grundwasserstand, rechnen.

Dass im vergangenen Jahr bei vielen Spandauern, aber auch in anderen Teilen Berlins, die Keller vollliefen, habe mit den ungewöhnlich heftigen Regenfällen zu tun, so Limberg. Einflüsse durch die Wasserwerke gebe es nur in einigen Bereichen der Stadt, und auch dort seien diese beschränkt.

Jens Feddern, verantwortlich für die Wasserversorgung seitens der Berliner Wasserwerke, assistierte dem Senatsbeamten. In Spandau sei nach dem Ansteigen der Grundwasserstände einerseits die Leistung des Was-

serwerks hochgefahren, andererseits das Versickern von Wasser reduziert worden. Auswirkungen habe dies nur in großer Nähe zum Wasserwerk gehabt. Das scheinbar widersinnige Versickern von Wasser sei notwendig, damit die Brunnen in großer Tiefe nicht „trockenfallen“.

Doch aus den von Feddern vorgelegten Grafiken lassen sich auch andere Schlüsse ziehen. Der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz sprach aus, was viele der Gäste dachten: Die Veränderung der Förderung hat sehr wohl Einfluss auf die Grundwasserstände, nur eben zeitversetzt. Der SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz versprach, darauf zu achten, dass der Senat ein „siedlungsverträgliches Grundwasser-Management“ durchsetzt. **CS**